

## Niedersächsischer Philologentag 2014

### Rede des Vorsitzenden

#### Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Ministerin,  
sehr verehrte Gäste,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im letzten Jahr habe ich meine Rede mit dem Satz begonnen: „Wir erleben stürmische Zeiten in der Schulpolitik.“

In diesem Jahr könnte ich das wieder tun. Allerdings wäre dies geradezu ein Euphemismus angesichts dessen, was mit dem vorliegenden Entwurf zu einer Schulgesetznovelle und mit dem geplanten Lehrerbildungsgesetz von Rot/Grün angestrebt wird. Denn diese Vorhaben legen in zentralen Teilen die Axt an die Wurzel des Gymnasiums, ja, an ein leistungsorientiertes Schulwesen überhaupt. Denn danach sollen auch Hauptschulen, Realschulen und Oberschulen wie auch kooperative Gesamtschulen und Förderschulen aus der niedersächsischen Bildungslandschaft verdrängt und der Integrierten Gesamtschule als einer Schule für alle zum Durchbruch verholfen werden. Und diesen Bildungsabbau nennen Sie dann auch noch Bildungschancen-Gesetz!

Da können Sie von uns keine Zustimmung erwarten!

Natürlich kennen wir alle die Beruhigungspillen, die verteilt wurden und heute noch mit treuem Augenaufschlag verteilt werden: etwa in der Art des Ausspruches unseres heutigen Ministerpräsidenten Weil in der Wahlkampf- Fernsehdiskussion mit dem damaligen Regierungschef McAllister, ich zitiere: „Die niedersächsischen Gymnasien haben von mir nun wirklich nichts zu befürchten“. Oder, Frau Ministerin, um Sie zu zitieren: „Wir werden die beliebteste Schulform des Landes nicht antasten“. (HAZ vom 11. September dieses Jahres). Droht also kein Bildungsabbau, keine Einebnung der schulischen Vielfalt, keine Gefährdung der Gymnasien, wie es das Motto des Philologentages widerspiegelt?

Auch keinesfalls konservative Presseorgane haben längst massive Zweifel an diesen Beteuerungen geäußert. Schon im vorigen Jahr sprach der Spiegel (Nr. 9/2013) angesichts des schulpolitischen Kurses rot-grün regierter Bundesländer wie Baden-Württemberg, NRW und Schleswig-Holstein von einer „Reideologisierung der Schulpolitik“, für die vor allem die SPD verantwortlich sei. Und die HAZ stellte im selben Monat (am 11. 09.) fest:

„Niedersachsen verabschiedet sich vom gegliederten Schulsystem.“, was die „Neue Osnabrücker Zeitung“ richtiger Weise am gleichen Tag zu der Feststellung veranlasste: „im neuen Schuljahr wird es sehr viel Unruhe geben.“ Und in der Tat: Die ist vorgezeichnet, an den Gymnasien allemal!

Das können wir versprechen!

Je lauter das Bekenntnis zum Gymnasium, desto größer sind offensichtlich die Gefahren, die dieser erfolgreichen Schulform drohen.

Immer deutlicher nämlich wird, was Rot-Grün schulpolitisch wirklich in diesem Lande will:

1. ein Zurückdrängen der Gymnasien bei deren gleichzeitiger innerer Demontage
2. einen allgemeinen Leistungsabbau in der niedersächsischen Schule, insbesondere an den Gymnasien.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin,

wir begrüßen ausdrücklich, dass als Ergebnis des Dialogforums „Gymnasien gemeinsam stärken“ die niedersächsische Landesregierung beschlossen hat, dass grundsätzlich wieder die allgemeine Hochschulreife nach 13 Schuljahren vergeben wird, auch an den Gymnasien. Das ist nur die logische Konsequenz, um den Forderungen einer überwältigenden Mehrheit von Eltern, Schülern, Lehrern, Bildungsverbänden und großen Teilen der Wirtschaft zu entsprechen und eine gescheiterte Reform rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren,

es gibt aber auch ganz eindeutige programmatische Aussagen, die zeigen, wohin die schulpolitische Reise letztlich gehen soll, und die sich schon in den aktuellen gesetzlichen Vorhaben niederschlagen:

- Da ist zum einen das **nach wie vor** gültige bildungspolitische Grundsatzprogramm der SPD von 2006, dessen Kernsatz lautet:  
**„Das gegliederte Schulwesen kann keine Perspektive für unsere Jugend bieten. Daher gilt es, das gegliederte Schulwesen zu überwinden.“**
- Und im Landtagswahlprogramm der Grünen für die Landtagswahl im letzten Jahr heißt es mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, ich zitiere:  
**„Die Umsetzung dieses Konzepts einer ... Schule für alle Kinder und Jugendlichen lässt sich nur schrittweise verwirklichen. Wir wollen deshalb in der kommenden**

***Legislaturperiode in Niedersachsen möglichst viele Schritte in diese Richtung vollziehen.“***

Verehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

deutlicher kann man doch wohl kaum mehr werden, um zu sagen, was man wirklich will. Die Erkenntnis der Einheitsschulpolitiker, dass sich die Integrierte Gesamtschule für alle nur schrittweise durchsetzen lässt, ist der Erfahrung geschuldet, dass man mit offenem Visier und im Frontalangriff das in der Bevölkerung zu Recht hoch geschätzte Gymnasium nicht zu Fall bringen kann. Aus dieser Erfahrung heraus wurde eine neue Taktik entwickelt, ich nenne sie „Überrumpelungstaktik“ oder „Salamitaktik“. Wir haben das durchschaut.

Man geht jetzt verdeckt vor, hinter einer Nebelwand beruhigender Versprechungen und scheinbar harmloser Verfahren, die kaum Böses ahnen lassen und die doch so wirkungsvoll sind.

Man demontiert das Gymnasium von innen, man „entkernt“ es um seine Inhalte und Unterrichtsverfahren und beraubt es damit seines bisher so erfolgreichen Bildungsauftrages. Und dann versichert man treuherzig: „Das Gymnasium bleibt doch erhalten“.

Auf diese neue Taktik wird nachher der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes noch näher eingehen. Ich möchte jetzt vor allem zeigen, warum wesentliche Bestimmungen der Schulgesetznovelle sowie das geplante Lehrerbildungsgesetz gezielt den Lebensnerv des Gymnasiums treffen und warum die geplante Reform, – sollte man nicht eher von einer „Deform“ sprechen? – in weiten Teilen einen Angriff auf die Schulqualität insgesamt darstellt.

Meine Damen und Herren,

dem Angriff auf die Gymnasien von außen dient vor allem die beabsichtigte Bestimmung der Schulgesetznovelle, die Integrierte Gesamtschule zu einer alle anderen Schulformen, damit auch das Gymnasium, ersetzenden Schule zu machen. Zwar soll noch bei Errichtung einer Gesamtschule der Besuch eines Gymnasiums „unter zumutbaren Bedingungen“ gewährleistet bleiben, aber die Schulträger werden überdeutlich dazu ermuntert, bei der Schulentwicklungsplanung auf die Integrierte Gesamtschule zu setzen. Als zumutbar gilt derzeit nämlich eine Fahrstrecke von etwa einer Stunde, hin und zurück, das macht immerhin zwei Stunden pro Tag. Im Winter kann es auch noch länger dauern. Ich frage Sie, was ist daran noch zumutbar!?

Das Ziel derartiger Vorschriften, machen wir uns nichts vor, ist doch wohl eher, die Eltern zehnjähriger Kinder von dieser Möglichkeit zurückschrecken zu lassen.

Auch das haben wir durchschaut!

Rot-grüne Bildungspolitiker behaupten, es gehe bei der Schulgesetznovelle doch gar nicht um eine Vorrangstellung der IGS, sondern nur um deren Gleichberechtigung. Aber wer kann denn eine so wenig sachlogische Begründung wirklich ernst nehmen! Denn wenn eine Schulform qua Gesetz alle anderen schlucken kann, wo ist da noch Gleichberechtigung? Nein, diese Schulgesetznovelle ist kein „Ermöglichungsgesetz“, wie es die Kultusministerin beschönigend umschreibt, sondern ein „Gesamtschulförderungsgesetz“!

Das kann und wird von uns so nicht hingenommen werden!

Diese Zielsetzung ist auch gar nicht neu: Sie deckt sich mit den Äußerungen des Kultusstaatssekretärs Bräth, der schon vor Jahresfrist – offensichtlich in Kenntnis dieser Pläne – zutreffend sagte, es werde in Zukunft bald an einigen Standorten nicht mehr drei, sondern nur noch ein Gymnasium geben.

Gymnasialschüler wollen Gymnasien besuchen, nur wenige eines Jahrgangs besuchen Integrierte Gesamtschulen. Auch nach Abschaffung der Schullaufbahneempfehlung wird sich daran nichts ändern. Eine auf das Abitur hin zielorientierte gymnasiale Bildung an diesen Schulen läuft eindeutig auf einen Etikettenschwindel hinaus. Hören Sie auf, Frau Ministerin, die Integrierte Gesamtschule auf Kosten der Gymnasien aufzubauen. Integrierte Gesamtschulen sollten nicht als Konkurrenz zum Gymnasium auftreten, sondern verstärkt ihre berufsorientierende Funktion für die Schüler erfüllen, die kein Abitur anstreben oder schaffen werden. Wäre das nicht allemal der bessere Weg?

Um noch gezielter Schüler vom entfernten Gymnasium weg und auf die örtliche IGS zu locken, hat man sich noch eine zusätzliche, besonders trickreiche Maßnahme ausgedacht: die Anbindung von Grundschulen an Integrierte Gesamtschulen. Dieses Vorhaben ist in aller Regel sachlich nicht begründbar, im Gegenteil: Vieles spricht sogar pädagogisch gegen eine räumliche Zusammenfassung von Kindern in einem Alter zwischen sechs und sechzehn oder gar 19 Jahren.

Doch die Absicht ist klar:

Der Sinn eines solchen Verbundes besteht einzig und allein darin, die Kinder von der Grundschule nahtlos in die mit ihr verbundene IGS zu schleusen und das Gymnasium auf diese Weise „auszutrocknen“. Man kann sich ja richtig vorstellen, wie Grundschulen, die ja wissen, was man vom entsprechend gepolten Schulträger und noch weiter oben von ihnen

erwartet, den Eltern einreden werden, dass man den armen Kindern doch nicht so lange Schulwege zumuten solle, wo doch das Abitur nebenan zu haben sei und wie schön es doch sei, wenn ihr Kind weiter mit den vertrauten Klassenkameraden zusammenbleiben könne. So wird das laufen und so soll das ja auch laufen, meine Damen und Herren. Wir lassen uns nicht hinters Licht führen!

Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe bisher eher von der zu erwartenden Entwicklung im ländlichen Bereich gesprochen. Doch wir warnen: Auch die Gymnasien in den größeren Städten sollten sich nicht allzu zu sicher fühlen: Schon die aktuelle Diskussion in Braunschweig um die Schließung eines funktionsfähigen Gymnasiums zugunsten einer 6. Gesamtschule zeigt deutlich, wohin die Reise gehen kann. Ich erinnere hier daran, dass der schulpolitische Kahlschlag und die schrittweise Etablierung einer integrierten Monokultur nicht nur die Gymnasien, sondern noch stärker die Oberschulen und die schulformbezogenen kooperativen Gesamtschulen treffen soll. Nach der Koalitionsvereinbarung soll diesen ja – wie es dort so schön heißt – „ermöglicht“ werden, sich zu Integrierten Gesamtschulen „weiterzuentwickeln“.

Meine Damen und Herren,

ich habe deutlich gemacht, dass das Gymnasium von zwei Seiten in die Zange genommen werden soll, einmal, wie wir gesehen haben, von außen, zum anderen, in fast noch gefährlicherer Weise, von innen. Diesem Zweck dienen mehrere Bestimmungen der Schulgesetznovelle oder etlicher Vorhaben in deren Gefolge. Wie schon in Schleswig-Holstein soll nun auch in Niedersachsen die Schullaufbahneempfehlung am Ende der Grundschule abgeschafft sowie die Überweisung von Schülern vom Gymnasium auf eine für sie geeignetere Schulform zumindest deutlich erschwert werden. Laut Koalitionsvertrag soll auch das Wiederholen einer Klasse weitgehend abgeschafft werden. All dies hängt miteinander zusammen und verfolgt das Ziel, ob man das nun zugibt oder nicht, die Funktionsfähigkeit des Gymnasiums entscheidend zu schwächen und es letztlich in seiner Binnenstruktur zu einer Gesamtschule zu machen.

Meine Damen und Herren,

Das Gymnasium hat laut Schulgesetz den besonderen Auftrag, „*seinen Schülerinnen und Schülern eine breite und vertiefte Allgemeinbildung*“ zu vermitteln und den „*Erwerb der allgemeinen Studierfähigkeit*“ zu ermöglichen. Die Zielsetzung der allgemeinen

Studierfähigkeit setzt – so im Schulgesetz auch verankert – altersgemäßes wissenschaftspropädeutisches Arbeiten voraus. Die Hinführung zu dem Ziel der Studierfähigkeit erfolgt in einem von Anfang an darauf ausgerichteten Langzeitlehrgang. Das Gymnasium unterrichtet von daher – im Gegensatz zur Gesamtschule – bezogen auf den Abschluss zielorientiert und nicht zieldifferent.

Charakteristisch für diesen zielorientierten Unterricht am Gymnasium ist eine Schülerschaft, die in den jeweiligen Fächern und über alle Fächer hin zwar keineswegs völlig leistungshomogen ist und auch nicht zu sein braucht, die sich aber in einer gewissen Leistungsbandbreite bewegt.

Mit einer begabungs- und leistungsmäßig jedoch sehr heterogenen Schülerschaft ist ein auf Studierfähigkeit zielender Langzeitlehrgang kaum noch möglich. Genau diese Heterogenität will man dem Gymnasium aufzwingen, indem man die Schullaufbahneempfehlung ersatzlos streicht und die Versetzung dauerhaft überforderter Schüler an für sie besser geeignete Schulformen zumindest sehr erschwert.

Wir sollten uns nicht täuschen: Dann wird das Gymnasium nolens volens durch seine Schülerzusammensetzung zur Gesamtschule. Das wollen vielleicht Sie, wir wollen das nicht!

Meine Damen und Herren,

ausweislich der Schulgesetznovelle, zahlreicher flankierender Maßnahmen und Äußerungen verantwortlicher Politiker ist die ideale Schule für Rot-Grün offenbar eine Schule, in der die Leistungsanforderungen gesenkt werden, ob durch das Streichen von Klausuren in der Oberstufe, durch leichtere Abituraufgaben oder durch das Abschaffen von Zeugnisnoten in der Grundschule und überwiegend auch in der IGS. Was das heißt, möge ein Vergleich unterstreichen: Wenn nicht alle über 1,40 Meter springen können, dann legt man eben die Latte auf 1,20 Meter oder, wenn es sein muss, noch tiefer. Anstrengung, ohne die es bekanntlich keinen wirklichen Erfolg gibt, weder in der Schule noch im Leben, wird als Druck und Stress diffamiert. Fördern allein soll reichen, fordern soll man allenfalls noch in homöopathischen Dosen. Von Selbstverantwortung für den Schulerfolg – davon ist schon lange nicht mehr die Rede, und von „Fördern“ durch „Fordern“ schon gar nicht mehr.

Der ehemalige niedersächsische Kultusminister Wernstedt, SPD, hat als KMK-Präsident seinerzeit von der Notwendigkeit einer Kultur der Anstrengung gesprochen.

Rot-Grün in Niedersachsen kehrt dagegen wieder zu Methoden des bewussten Leistungsabbaus und Leistungsverfalls zurück, die an die überwunden geglaubte antiautoritäre Erziehung des vorigen Jahrhunderts erinnern, an die Utopie einer Schule als

Weltverbesserungsanstalt nach dem Vorbild des Internats Summerhill, wo der Unterricht freiwillig ist, Stundenpläne zwingend nur Lehrer einhalten müssen, wo die Schüler bestimmen, wie sie leben wollen und nach welchen Regeln. Und Noten und Zeugnisse gibt es natürlich nicht.

Die Hinweise der Wirtschaft auf gravierende Defizite an Kenntnissen und bestimmten Grundtugenden bei nicht wenigen Auszubildenden bleiben ebenso unbeachtet wie die Hinweise der Hochschulen auf teilweise mangelnde Studierfähigkeit und fehlende Studiertugenden. Von einer Verbesserung der Leistungen ist nirgendwo mehr die Rede, nur noch von mehr „Bildungsgerechtigkeit“ in zweifelhaftem Kontext.

Meine Damen und Herren,

ich komme zu einem weiteren Vorhaben der rot-grünen Landesregierung, das die Existenz des Gymnasiums aufs Stärkste bedroht:  
die Abschaffung der Gymnasiallehrausbildung, an deren Stelle ein Einheitslehrer für die gesamte Sekundarstufe treten soll.

Wir werden uns mit diesem Vorhaben auf diesem Philologentag eingehend befassen und uns dazu in besonderer Weise äußern.

Welche Begründungen werden für diese grundlegende Veränderung genannt? Die Koalitionsvereinbarung spricht von „Anforderungen veränderter Schulwirklichkeit“, der bereits im Juli 2013 von der SPD-Fraktion in den Landtag eingebrachte Entschließungsantrag von „Veränderungen in der Schullandschaft“, die angeblich eine „Aufgabe der schulformorientierten Lehrerbildung“ erforderlich machten.

In der Tat verändert sich die Schullandschaft in Niedersachsen seit Jahren. Die Hauptschulen sind schon verschwunden, und die Realschule wird in absehbarer Zeit weitgehend verschwunden sein. Zugleich wächst die Zahl der Gesamtschulen, und Oberschulen gibt es inzwischen weit über 200. Das Gymnasium ist beliebter denn je, und wenn man die Beteuerungen rot-grüner Politiker ernst nimmt, will man es nicht abschaffen. Auch Förderschulen soll es weiterhin geben, wie Sie, Frau Ministerin, ebenfalls hoch und heilig versichert haben.

Meine Damen und Herren,

der Philologenverband verschließt sich keineswegs einer Reform der Lehrerausbildung, die sich an dieser zumindest offiziell verkündeten künftigen Schulstruktur orientiert und die die

Ausbildung stärker als bisher an den spezifischen unterrichtspraktischen Anforderungen dieser Schulformen ausgerichtet. Danach müsste es künftig neben den vorgesehenen Lehrämtern an Grund- und Berufsschulen Lehrämter für alle diese Schulformen geben. Stattdessen sehen aber die Koalitionsvereinbarung und bisher bekannt gewordene Planungen aus dem Kultusministerium die Abschaffung der Lehrämter an Gymnasien und Förderschulen vor, an deren Stelle ein Sekundarstufen-Einheitslehrer treten soll.

Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die genannten Schulformen vorgeblich bestehen zu lassen, die auf die besonderen Bedürfnisse der jeweiligen Schülerpopulation ausgerichtete Ausbildung der Lehrkräfte aber zu beseitigen, diese Logik muss uns erst einmal erklärt werden. Das ist das gleiche, als wenn man dekretieren würde: Die medizinischen Fachgebiete Chirurgie, Neurologie und Urologie bleiben bestehen, aber die dazu gehörende Facharztausbildung schaffen wir ab.

Meine Damen und Herren,

das ist schlichtweg Unsinn und gefährlich ohnehin.

Sinn bekommt das rot-grüne Vorhaben allerdings, wenn man die These von der „Veränderung der Schullandschaft“ anders interpretiert, als das Ziel nämlich, die Einheitsschule für alle einzuführen und deshalb schon jetzt mit der Ausbildung von Einheitslehrern zu beginnen. Die Grünen haben in ihrer terminlich wie auch inhaltlich fast parallel zu dem erwähnten SPD- Antrag in den Landtag eingebrachten Entschließung zur künftigen Lehrerbildung diese Absicht offen gelegt, ich zitiere:

**„Die LehrerInnenbildung soll so gestaltet werden, dass sie die zukünftigen Lehrkräfte in die Lage versetzt, gemeinsames Lernen von heterogenen Gruppen zu ermöglichen, statt schon im Studium durch eine schulformbezogene Ausbildung ein professionelles LehrerInnenhandeln zu verfestigen, das Lernen in einem nach vermeintlicher Befähigung gegliederten Schulwesen denkt.“**

Hier wird die Katze nun wirklich aus dem Sack gelassen, dankenswerterweise, denn nun haben wir es schwarz auf weiß:

Der Einheitslehrer wird für die künftige Einheitsschule ausgebildet, eine Ausbildung zum Gymnasiallehrer braucht man nicht mehr, da das Gymnasium zum Auslaufmodell gemacht wird. Das lassen wir uns nicht gefallen!



Meine Damen und Herren,

lassen Sie es mich mit allem Nachdruck sagen: Die künftige Gestaltung der Lehrerausbildung in Niedersachsen ist für uns ein entscheidender Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der Versprechen, das Gymnasium zu erhalten.

### **Denn ohne Gymnasiallehrer gibt es kein Gymnasium!**

Die im Schulgesetz festgelegten spezifischen Aufgaben des Gymnasiums – Erwerb der allgemeinen Studierfähigkeit und wissenschaftspropädeutisches Arbeiten – als durchgängiges didaktisches Prinzip verlangen eine speziell dafür ausgebildete Lehrkraft, die fachdidaktisch und fachmethodisch auf das Lernen im Gymnasium und auf seine Schülerpopulation hin ausgebildet ist.

Der Unterricht, etwa im Fach Englisch, erfordert bereits in der Unter- und Mittelstufe ein anderes didaktisches Vorgehen und andere Fachkenntnisse als der Unterricht an Schulformen mit sehr viel heterogeneren Lerngruppen.

Höchst verschieden sind auch die Anforderungen im prinzipiell fachorientierten naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien und im anders strukturierten Gesamtfach Naturwissenschaften an Gesamtschulen. Ein Einheitslehrer würde, das zeigt schon ein erster Blick auf das in Aussicht genommene Ausbildungskonzept, den speziellen fachlichen und damit auch unterrichtlichen Anforderungen des Gymnasiums nicht genügen können.

Frau Ministerin, wir appellieren eindringlich an Sie: Wenn Sie Ihr Versprechen ernst meinen, dass das Gymnasium – und ich füge hinzu – ein Gymnasium, das diesen Namen verdient – Bestand haben soll, dann können, dann dürfen Sie die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien nicht abschaffen. Es gibt keinerlei wirklichen sachlichen Grund dafür. Lassen Sie uns gemeinsam sachbezogen und ohne ideologische Scheuklappen an einer Verbesserung der Lehrerausbildung arbeiten.

Meine Damen und Herren,

kurz vor Schuljahresbeginn erklärte Ministerpräsident Weil in einem Interview mit der HAZ, er sei „ganz, ganz sicher“, dass die Lehrerproteste gegen die Arbeitszeiterhöhung abnehmen würden, und er setzte hinzu: „Es ist mittlerweile angekommen, dass wir keine einseitige Politik gegen Lehrer machen“.

Meine Damen und Herren,

ich bin sicher: Da irrt der Ministerpräsident gleich zweifach:

Erstens: Nein, Herr Ministerpräsident, es ist nicht bei den Lehrerinnen und Lehrern angekommen, dass eine unter Bruch früher gegebener Zusagen dekretierte Arbeitszeiterhöhung von wöchentlich zwei, für über 55jährige sogar vier Arbeitsstunden keine Politik gegen Lehrer sein soll. Was soll es denn sonst sein? Etwa ein besonderer Ausdruck der Fürsorgepflicht des Dienstherrn?

Zweitens: Wer die Hand am Puls der Schulen hat, der weiß: Die Empörung über die willkürliche und wortbrüchige Arbeitszeiterhöhung und die daraus sich ergebenden Proteste sind keineswegs abgeklungen.

Das ist die gleiche Fehlrechnung, die eine kleine Gruppe von Spitzenpolitikern diese Maßnahme beschließen ließ: Das bisschen Grummeln, ein bisschen pflichtschuldige Kritik der Interessenvertretungen, das sitzen wir aus, dürfte man in diesem Kreis seinerzeit gedacht haben – doch damit hat man sich gründlich verrechnet!

- So konnte nur denken, wer keine Vorstellung von der Fülle der Aufgaben hatte, die in den letzten zehn Jahren den Lehrern aufgebürdet wurden.
- So konnte nur denken, wer zugleich die Streichung jeglichen Weihnachts- und Urlaubsgeldes und die Nullrunden und verzögerten Gehaltsanpassungen aus seinem Blickfeld verdrängt hatte.
- So konnte nur denken, wer den kaltlächelnden Bruch früher gegebener fester Zusagen als unbedeutende Petitesse ansah.
- Vielleicht war auch die stille Kalkulation im Spiel, dass eine Arbeitszeiterhöhung für Lehrer in den Medien und bei durchaus nicht wenigen in der Bevölkerung eher auf klammheimliche Freude denn auf Ablehnung stoßen würde. Mit diesem Denken haben wir gerade in Niedersachsen so unsere Erfahrungen.

Heute wissen wir: Die Hoffnung, die Lehrer würden sich mit jeder neuen Benachteiligung, also auch mit der Arbeitszeiterhöhung abfinden, hat sich als verhängnisvolle Fehlkalkulation und damit als elementarer politischer Fehler erwiesen, wie sich zeigen wird.

Trotzdem ist die Landesregierung bisher in keiner Weise bereit, auf die Lehrer zuzugehen und das Gespräch mit ihnen zu suchen. Erst kürzlich wieder hat die rot-grüne Koalition mit fadenscheinigen Ausflüchten die Forderung der FDP abgeschmettert, eine empirisch-wissenschaftliche Untersuchung der Lehrerarbeitszeit durchführen zu lassen, um die

Diskussion jenseits von willkürlichen Mutmaßungen und Entscheidungen endlich auf eine sachliche Grundlage zu stellen. Das war auch eine von Anfang an erhobene Forderung des Philologenverbandes. In der Landtagsdebatte argumentierte etwa der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Heiner Scholing, man wisse, dass die Lehrer stark belastet seien, deswegen brauche man keine neue Untersuchung, um dies bestätigen zu lassen.

Nun meine Damen und Herren, wenn man um die hohe Belastung der Lehrer weiß, dann fragen wir uns doch: Warum hat Rot-Grün dann überhaupt die Lehrerarbeitszeit erhöht? Und warum gerade die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer, wo doch bisherige, von Regierungsseite in Auftrag gegebene Untersuchungen ergeben haben, dass die Lehrer an Gymnasien an der Spitze der Arbeitsbelastung stehen? Vielleicht kann man diese Frage im Lichte der Schulgesetznovelle beantworten: Mehr Arbeit für Gymnasiallehrer und ein dadurch bedingter weitgehender Einstellungsstopp für Lehrernachwuchs ist ein weiteres Mittel, um die Gymnasien zu schädigen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf das so genannte Lehrrentlastungspaket des Kultusministeriums eingehen, das als großes Entgegenkommen der Landesregierung angepriesen wird und dem Protest der Lehrer den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Wir haben in unseren Publikationen dieses Paket schon einer eingehenden Analyse unterzogen und feststellen müssen, dass diese so genannten Entlastungen überwiegend bloße Absichtserklärungen und ungedeckte Wechsel auf die Zukunft sind. Mit einem Wort: Das Entlastungspaket ist – seinem Entlastungseffekt nach zu urteilen – nahezu ausschließlich eine laut angekündigte Luftnummer, und nichts anderes.

Lassen Sie mich hier noch einmal an einigen Beispielen deutlich machen, warum das so genannte Lehrrentlastungspaket in Wirklichkeit keines ist:

- Besonders herausgestrichen wurde vor allem die Erweiterung der Altersteilzeit für Lehrkräfte um das so genannte Blockmodell. Zunächst ist festzustellen, dass eine Fülle wichtiger Einzelfragen hinsichtlich dieses Modells bisher noch völlig ungeklärt ist. Klar ist aber: Die Lehrkräfte, die das Modell in Anspruch nehmen, müssen es mit Gehaltseinbußen von 30 Prozent in einem Zeitraum bis zu zehn Jahren selbst bezahlen. Das werden sich nur wenige leisten können. Eine Kompensation für die gestrichene Altersermäßigung, die allen zugute gekommen wäre, ist das jedenfalls nicht.
- Es wird gesagt, dass die Lehrer durch G9 entlastet würden, weil die Verlängerung der Schulzeit mit weniger Stress verbunden sei. Das mag für Schüler zutreffen, die

Lehrer haben jedoch die gleiche Stundenzahl zu unterrichten. Wo ist da die Entlastung?

- Auch die volle Anrechnung von Förderstunden auf die Unterrichtszeit stellt keine Entlastung dar, sondern entspricht nur der bisherigen Rechtslage; im Übrigen sind Förderstunden ebenso arbeitsaufwändig wie normaler Unterricht.  
Wo ist da die Entlastung?
- Geradezu kurios ist die Behauptung, dass mehr Lehrerfortbildung ein Entlastungsfaktor sei. Bekanntlich findet die Fortbildung weitgehend in der unterrichtsfreien Zeit statt. Wie man da von Entlastung reden kann, entzieht sich unserer Einsicht.
- Die schrittweise Senkung der Klassenobergrenzen am Gymnasium von 32 auf 30 stellt nur die Wiederherstellung des Zustandes von vor 2004 dar. Die 2004 eingeführten höheren Schülerzahlen pro Oberstufenkurs bleiben sogar in voller Höhe erhalten. Festzustellen bleibt zudem auch: Die Gymnasien in Niedersachsen haben nach wie vor die zweithöchsten Klassenfrequenzen aller Schulformen der Klassen 1 bis 10 und die dritthöchsten Klassenfrequenzen aller Bundesländer. Wo findet da eine Entlastung statt?
- Angepriesen wird auch, dass es weniger Klausuren in der Oberstufe geben soll. Weniger Korrekturarbeit bedeutet in der Tat eine Entlastung. Aber andererseits sollen zusätzlich neue Formen der Leistungsüberprüfung eingeführt werden und die verbleibenden Klausuren sollen umfangreicher werden. Wirkliche Entlastung ist also kaum zu erwarten.

Zudem bleibt die Frage, ob die Verringerung der schriftlichen Arbeiten angesichts der von den Hochschulen heftig kritisierten Mängel vieler Studenten in schriftlicher Darstellungsfähigkeit überhaupt zu verantworten ist. Mit kommt das so vor, als würde man zu Krankenschwestern sagen: Wir erhöhen eure Arbeitszeit und bieten euch als Ausgleich dafür an, dass die Kranken nur noch einmal pro Woche gewaschen werden.

Meine Damen und Herren,

da die Landesregierung offensichtlich nicht bereit ist, über die willkürlichen Sonderbelastungen insbesondere der Gymnasiallehrer überhaupt zu diskutieren, hat der Philologenverband Niedersachsen bekanntlich den Rechtsweg beschritten. Eine

repräsentative Auswahl von Betroffenen hat mit Hilfe unseres Rechtsschutzes Klage gegen die Landesregierung eingereicht. Wir haben damit das Recht jedes Bürgers in einer rechtsstaatlichen Demokratie in Anspruch genommen, sich gegen aus unserer Sicht unrechtmäßige und willkürliche Maßnahmen der Staatsgewalt vor unabhängigen Gerichten zur Wehr zu setzen. Wir haben einen bundesweit renommierten Rechtsgelehrten für die Wahrung unserer Rechte gewonnen, der entschlossen ist, die Sache nötigenfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen.

Weitere Aktionen behalten wir uns zudem vor.

Wir haben auch Verständnis dafür, dass an etwa zwei Dritteln der niedersächsischen Gymnasien wie auch an etlichen kooperativen Gesamtschulen die Lehrkräfte derzeit Klassenfahrten und andere freiwillige Aktivitäten ausgesetzt haben. Sie protestieren damit nicht nur gegen die Arbeitszeiterhöhung. Sie protestieren damit auch gegen die Selbstausbeutung, die mit der Durchführung von Schulfahrten für die Lehrer verbunden ist. Für eine fünftägige Klassenfahrt, die faktisch mit einer Dienstzeit von 16 bis 18 Stunden täglich verbunden ist, bekommen sie als Arbeitszeit-Ausgleich bestenfalls vier Unterrichtsstunden für die gesamte Zeit einer Fahrt angerechnet. Als Übernachtungsgeld erhalten sie 11 Euro, als Essensgeld zwischen 6 und 12 Euro pro Tag. Oft bekommen sie noch nicht einmal das, sondern werden unter Druck gesetzt, auf ihren dürftigen Reisekostenanspruch auch noch zu verzichten. Das ist die Realität, und über die sollten einmal diejenigen nachdenken, die da lauthals kritisieren, dass die Lehrer ihre Konflikte mit der Regierung auf dem Rücken der Schüler austragen würden.

Meine Damen und Herren,

dieser Schulgesetzentwurf und die flankierenden Maßnahmen ermöglichen keine Chancengleichheit der Schulformen. Wer dies behauptet, leugnet die Tatsachen. Es ist schon so, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt: „Die vorgestellten Pläne ....enthalten alles, was ein Angriff auf die Gymnasien haben muss.“

Sie richten sich aber nicht nur gegen das Gymnasium, sie sind darüber hinaus ein Angriff auf die Existenz aller Schulformen, die keine Integrierten Gesamtschulen sind, also Realschulen, Oberschulen, kooperative Gesamtschulen und nicht zuletzt Förderschulen. Sie sind damit ein Generalangriff auf jeglichen Pluralismus im Schulwesen und auf die Möglichkeit für Eltern, die aus ihrer Sicht bestmögliche Schulform für ihr Kind zu wählen. Sie setzen sich

auch über die Meinung einer eindeutigen Mehrheit in der Bevölkerung hinweg, die eine Zerschlagung der Gymnasien und eine Zwangs-Einheitsschule für alle Kinder nicht will.

Um es klar zu sagen: Diese Pläne sind ein Griff in die schulpolitische Mottenkiste der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts, sie sind ein Sieg der Ideologen über die Pragmatiker und sie sind eine Absage an den Schulfrieden in diesem Lande. Was Sie mit diesen Plänen anstoßen werden, Frau Ministerin, ist ein großes Konjunkturprogramm für elitäre Privatschulen, die dann auf dem Leistungsniveau arbeiten, das Sie an den öffentlichen Schulen eliminieren wollen. Nur ist der Besuch dieser privaten Schulen – wie man etwa in den USA, Frankreich und England sehen kann – vom Geldbeutel der Eltern abhängig, während bei uns jeder das Gymnasium besuchen kann, der die entsprechenden Qualifikationen mitbringt und entwickelt.

Meine Damen und Herren,

vor gut 50 Jahren, im November 1959, hat die SPD mit ihrem Godesberger Programm Abschied genommen von alten Klassenkampfparolen und sich von einer sozialistischen Arbeiterpartei zu einer mehrheitsfähigen Volkspartei gewandelt. Die SPD bekannte ich zur Marktwirtschaft und ihren Grundlagen Freiheit und Wettbewerb.

Man kann nur wünschen, dass die SPD möglichst bald auch bildungspolitisch zu einem Godesberger Programm findet und sich von längst widerlegten Ideologien in diesem Bereich verabschiedet. Nur so würde auch sichergestellt, dass das Schulwesen leistungsfähig bleibt, dass es Schüler bildet, die die Fähigkeiten und Grundtugenden mitbringen, um in Studium und Berufsausbildung erfolgreich zu bestehen.

Wir hoffen auf Vernunft und Pragmatismus. Wir wollen mitarbeiten an der Verbesserung der Schulqualität. Die Einführung von G 9 ist ein Beispiel, wo wir in gemeinsamer Arbeit eine gute Lösung gefunden haben. Warum sollte dies nicht auch in Zukunft möglich sein?